

Kläranlagenumbau: Prüfung absolut berechtigt

Beim Umbau der Kläranlage Mörfelden gab es sehr viele Unstimmigkeiten und bohrende Fragen. Diese beziehen sich auf technische Ausführungen, das rechtmäßige Zustandekommen von Maßnahmen und unnötige Kosten. Die Gesamtkosten sind mit aktuell 55 Millionen € aus den Ruder gelaufen. Es gab aus der Bevölkerung vermehrt Kritik auf verschiedenen Wegen. Das hat unsere Fraktion dazu bewegt, dieses Thema aufzugreifen und die Klärung voranzutreiben. In einem Akteneinsichtsausschuss und einem Fachgespräch zwischen den Verantwortlichen des Umbaus (Stadtwerke und Planer) mit der BI-Kläranlage wurden viele Unklarheiten festgestellt und bestätigt. Diese vielen Unstimmigkeiten und fachlichen Einwände konnten nicht entkräftet werden. Trotz dieses massiven Klärungsbedarfs und Anträgen zur neutralen Prüfung hatte die alte Koalition die Vergabe des nächsten Bauabschnittes für über 15 Millionen Euro beschlossen und mit ihrer „komfortablen Mehrheit“

durchgepackt. Zeit also, jetzt die Gesamtplanung und Ausführungen auf den Prüfstand zu stellen. Dazu stellte die DKP/LL erneut, gemeinsam mit der neuen Koalition, einen entsprechenden Antrag. Dieser wurde (ohne Gegenstimme) beschlossen. Danach sollen von dem gesamten Projekt die fachlichen Ausführungen, Zweckmäßigkeit, Rechtmäßigkeit und finanzielle Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Dazu sollen auch Prüfungen durch neutrale Stellen erfolgen. Es wurde eine Task-Force ge-

bildet, die ebenfalls entsprechende Prüfungen durchführt und mögliche Änderungen bearbeitet und zur Umsetzung vorbereitet. Für uns bestätigt das, dass es absolut richtig war, das Thema Kläranlage aufzugreifen und entsprechende Anträge und Fragen zur Klärung sowie Möglichkeiten zur Senkung von Kosten zu stellen. Die Task-Force (Sonderkommission) hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll die Betriebskommission der Stadtwerke ständig über ihre laufende Arbeit informieren und der Stadtverordnetenversammlung öffentlich berichten. Wir sind auf den ersten Bericht gespannt. GS



Natur, duck dich – die Grünen kommen! Anwohner, kauft Ohropax!

Einem, der einst mit den örtlichen Grünen in den Flörsheimer Wald gezogen war, kam in der jüngsten Bürgerversammlung das kalte Grausen. An der Südostecke der von Dachlatten-Börner herbeigeprägelten Startbahn-West hatten wir uns zwei Jahrzehnte lang sonntags über die jeweils aktuellen Umweltsauereien ausgetauscht. Und darüber, dass hierzulande die Leute mit dem großen Geld bestimmen, wo's lang geht; darüber, wie MP-Koch, nach vollbrachter Nordwestbahn, auf die Gehaltsliste von Bilfinger und Berger

kroch, usw. Jetzt, wo wir einen grünen Bürgermeister haben, die Grünen stärkste Partei im Ort geworden sind, zeigt sich, daß sie, wie die anderen Kapitalparteien, zwar zu schönen Worten fähig sind, aber wenn's um Taten geht, vor den Milliarden kuschen. Aldi hat gedroht, wenn die Stadt dem riesigen Hochregallager nicht den Weg ebnet, geht er mit seinem ganzen LKW-Kram woanders hin. Aldi zahlt Gewerbesteuer an die Stadt. Woher hat er das Geld? Gefunden? Gewonnen? – er hat es von den Beschäftigten, denen er verwehrt,

Betriebsräte zu bilden, er hat es von den Bauern, denen er die Milchpreise diktiert und die massenweise Höfe aufgeben müssen, weil's hinten und vorne nicht mehr reicht. Die Aldis haben ihre Milliarden, weil sie den innerörtlichen Verkehr auch in unserer Stadt explosionsartig vermehrt haben, weil die Leute bis in die Peripherie mit dem Auto einkaufen fahren. Sie haben ihr Geld davon, dass sie von uns mehr kassieren, als sie für die Waren bezahlen. Die Aldis sind reich, weil die Kassiererin sich den Rücken und die Nerven ruiniert, um über die Runden zu kommen. Von dem geraubten Geld zahlen sie ein paar Almosen an die Stadt und

(Fortsetzung auf Seite 4)

Nichts ist wichtiger: Frieden für Afghanistan Frieden für die Welt

Die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan wurde vom Deutschen Bundestag in zwei Abstimmungen am 16. November und 22. Dezember 2001 auf Antrag der von Bundeskanzler Gerhard Schröder geführten SPD/Grünen Bundesregierung beschlossen.

SPD-Verteidigungsminister Peter Struck am 4. Dezember 2002: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Wenn wir, die DKP, unsere Arbeit in diesen Jahren beleuchten, dann sehen wir: Wir haben nicht geschwiegen - als andere Parteien schwiegen. Wir argumentierten vom ersten Tag der afghanischen Tragödie gegen diesen Wahnsinn. Wir organisierten Veranstaltungen und Vorträge und wir beschrieben das Thema ständig in unserer Zeitung

„blickpunkt“. Man kann es nachlesen und Fotos aus diesen Tagen belegen es. „Nichts ist gut in Afghanistan.“ Mit diesem Satz wirbelte die damalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann in ihrer Neujahrspredigt 2010 viel Staub auf. Viele Menschen begannen, kritischer über den Kriegeinsatz zu sprechen. Nun sind die Truppen abgezogen. Zurück bleibt die Feststellung: Dieser Krieg hat hunderttausende Tote gefordert. Zivilisten, Frauen und Kinder, die eigentlich geschützt werden sollten, Soldaten aus vielen Nationen. Der Krieg hat Milliarden gekostet. Nun müsste eigentlich das Nachdenken einsetzen. Man merkt wenig davon. Es gibt schon neue Pläne und neue Ziele.

Wichtiger wird der entschiedene Kampf für Frieden und Abrüstung.



Rüsselsheim im September 2009 - „Verteidigungsminister“ Franz Josef Jung (CDU) spricht in Rüsselsheim und verteidigt den Einsatz in Afghanistan. Bei der Protest-Kundgebung auch Mitglieder DKP aus dem Kreis-Groß-Gerau.

Deutsche Bürokratie: Willkommenskultur?

Ein guter Nachbar, Handwerker von Beruf, hat das Pech, aus Afghanistan zu stammen. Das macht ihm das Leben nicht leichter. Wir wollen ihn Ayob nennen; seinen richtigen Namen möchte er (noch) nicht in die Öffentlichkeit tragen, um niemand anderen zu gefährden. Seine Frau war in Afghanistan. Sie wohnte in Kundus. Als die Stadt von den Taliban erobert wurde, musste sie nach Kabul flüchten.

Ayobs Bemühungen, sie nach Mörfelden zu holen, wurden fast ein Jahr lang von den deutschen Behörden verschleppt. Immer wieder noch ein Papier, noch eine Bescheinigung, noch eine Kopie, noch ein Stempel, noch ein Nachweis, noch eine Bestätigung, noch eine Beglaubigung – und immer wieder Gebühren- und Kostenrechnungen. Und das alles trotz der Tatsache, dass Ayob schon seit längerem die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Dazu kommt: Schon seit Monaten ist die deutsche Botschaft in Kabul teilweise geschlossen. Die Visa-Abteilung hat sich nach New Delhi, Indien verzogen, was die Sache noch komplizierter macht. Überdies wurde das Stempeln der Visa einem in New Delhi ansässigen Privatunternehmen übertragen, das (natürlich) nicht in der Botschaft sitzt, sondern ein paar Viertel weiter. Man geht bei den Behörden offenbar davon aus, dass es sich jedermann locker leisten kann, Flüge von Frankfurt nach New Delhi, von Kundus nach Kabul, von Kabul nach New Delhi, und von New Delhi.

Fortsetzung Seite 5



Chaos am Flughafen in Kabul. Die Bilder von verzweifelten Menschen, die sich an startende Flugzeuge klammern, gingen um die Welt. Den Krokodilstränen derjenigen, die diese Bilder verursacht haben, sollte man keinen Glauben schenken. Die Causa Ortskräfte ist seit Jahren ein Thema, das bewusst auf die lange Bank geschoben wurde.

Ein öffentlicher Grillplatz für Walldorf

Vor einigen Jahren wurde der Walldorfer Grillplatz an der Okrifteler Straße geschlossen und die Fläche renaturiert. Begründet wurde diese Entscheidung mit erhöhten Kosten und größerem Arbeitsaufwand des städtischen Bauhofs durch Vandalismus und vermehrten Verschmutzungen durch Abfall und Unrat. In unserer Stadt leben immer mehr Menschen in Mehrfamilienhäusern und

großen Wohnanlagen. Deshalb steigt auch im Stadtteil Walldorf der Bedarf an einer Grillmöglichkeit. Menschen, die in Wohnungen ohne Gartennutzung leben, sollten ihre Freizeit auch im Freien gestalten können - eine legale Grillstelle ist dazu eine wichtige Einrichtung. Der Spielplatz am Gundhof könnte ein geeigneter Platz für einen solchen Grillbereich sein. Hier gibt es eine recht große, eingezäunte

Wiese, was für Familien mit Kindern eine gewisse Sicherheit bietet. Außerdem gibt es viele Spielmöglichkeiten. Der Ort ist gut erreichbar. Es gibt Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und eine Bushaltestelle in der Nähe. Die Stadtreinigung ist hier nach Plan regelmäßig im Einsatz. Damit entsteht kein zusätzlicher Einsatzort. Außerdem müssen die Kolleg*innen der Stadtreinigung schon jetzt viel Abfall wegen illegalem Grillen - hier und an anderen Stellen im Stadtgebiet - beseitigen.

Die nächste Katastrophe wird kommen

DKP/LL fordert die Stadt auf, ihre Katastrophenschutzpläne kritisch zu hinterfragen. Wo muss nachgebessert werden?

Die aktuellen Flutkatastrophen und Unwetterereignisse mit massiven Überschwemmungen und ihren Folgen haben viele Menschen nicht für möglich gehalten. Die Meldungen von Todesopfern, vermissten und verletzten Menschen und die Bilder von zerstörten Häusern und ganzen Stadtteilen lassen keinen kalt. Auch in unserer Stadt sind die Menschen bestürzt und beunruhigt. Meteorologen prognostizieren weitere und häufigere Starkregenerereignisse, Sturm und Unwettervorkommen.

Der Klimawandel schreitet beschleunigt voran, viele spüren, es ist Zeit zum Umdenken. Viele Einwohner*innen unserer Stadt fragen nach Plänen und Maßnahmen bei solchen Starkregen- und Unwetterereignissen. Auch hier gab es in den vergangenen Jahren mehrmals Unwetter mit Starkregen, Hochwasser, Stürmen und einer Fallbö, die erhebliche Sturm- und Wasserschäden zur Folge hatten. Die Unwetter hatten in unsrer Stadt bei Weitem nicht so dramatische Auswirkungen wie aktuell in NRW, Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern. Es gab dennoch erhebliche Sachschäden wie abgedeckte Dächer, vollgelaufene Keller, zerstörte Heizungsanlagen, Elektrogeräte und Hausrat.

Gerade der Stadtteil Mörfelden war immer wieder von Hochwasser nach Starkregen betroffen. Verantwortlich dafür ist sicher vorrangig die Zunahme versiegelter Flächen im Stadtgebiet und unzureichende Aufnahmefähigkeit des Kanalsystems. Aber auch die nahegelegenen Bäche wie Geräthsbach, Hegbach, Wurzelbach, Apfelbach und die mit Wasser gefüllten Gräben (Seegraben, Kirchnerseckgraben) können in kurzer Zeit überlaufen und große Flächen überschwemmen. Vor allem die südlichen Stadtteile von Mörfelden waren davon immer wieder betroffen. Auch der Gundbach in Walldorf hat schon für Hochwasser und Überschwemmungen gesorgt. Das Wasser hatte am Ortseingang - nahe der Feuerwehr - gestanden und das ehemalige Klärwerk überflutet.

Wen wählen wir eigentlich?

Man könnte meinen, Deutschland wählt einen Kanzler. Das ist aber nicht so. Das deutsche Volk wählt am 26. September 2021 keinen Kanzler, sondern seine Volksvertretung, den Deutschen Bundestag. Es geht auch gar nicht darum, ob der Deutsche Bundestag, nachdem er gewählt und zusammengetreten ist, Frau Baerbock, Herrn Scholz, Herrn Laschet oder sonst jemanden zum Kanzler bestimmt. Es geht darum, zunächst einmal den Bundestag zu wählen, der das gesamte Volk repräsentieren und seine Regierung kontrollieren soll. Zur Wahl für die (derzeit) 709 Abgeordnetenmandate stehen hier nicht nur die paar Teilnehmer von „Triellen“ und anderen Shows, sondern 6.211 Menschen, die für 47 Parteien und Listen kandidieren. Nicht alle von ihnen sind „Politiker“,

denen es nur um die Diäten und um Beraterverträge geht. Viele von ihnen sind normale Menschen, die ernsthaft etwas für ihr Volk tun wollen. Zu ihnen zählen die Kommunisten, deren Partei lange Zeit verboten war. Sie dürfen so gut wie nie in die Talkshows kommen, um ihre Politik darzulegen, und sie werden auch von den meisten Zeitungen totgeschwiegen. Auf der hessischen Landesliste der DKP kandidieren 2 Kommunisten aus Mörfelden-Walldorf: Tim Beyermann (Walldorf) und Alfred J. Arndt (Mörfelden). Nach dem Willen des Bundeswahlleiters sollte die DKP erst gar nicht zur Wahl zugelassen werden, wegen angeblich zu später Einreichung von Rechenschaftsberichten. Das Bundesverfassungsgericht jedoch zerriss diese Entscheidung in der Luft. Allerdings

rutschte die DKP auf dem Wahlzettel weiter nach unten - Sie finden sie erst auf Platz 15. Dem Bundestag würde, genau wie der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf, eine kommunistische Fraktion ganz gut tun. Vielleicht machen Sie ja diesmal Ihr Zweitstimmenkreuz bei Liste 15. Sieht ja keiner.



Links: Alfred J. Arndt, Mitte Bertram Rühl
Kandidaten der DKP zur Bundestagswahl.

(Fortsetzung von Seite 1)

drohen, bei angedachter Steuererhöhung oder wenn die Stadt nicht spurt, mit Weggang. Und die Volksvertreter knicken ein. Die Aldis sagen den Parteien, wo's lang gehen soll. Im Bund und bei uns. Als die SPD noch die Bürgermeister stellte, beteuerte sie, dass keinerlei Speditionen und Logistikunternehmen angesiedelt werden. Sie wollten die Ängste der Anwohner der Gerauer Straße, des Gärtnerwegs und der Rüsselsheimer Straße beruhigen. Das ist vergessen. Alle örtlichen Fraktionen, außer der DKP/LL, ebneten 700 Aldi-LKWs täglich den Weg durch die Ortsstraßen. In einer Presseerklärung hatte der Bürgermeister die Zahl bezweifelt. In der Bürgerversammlung wusste er auf die Frage, wie viele LKW denn nun wirklich zu erwarten sind, keine Antwort. Er verwies auf die Homepage der Stadt, wo die Zahl zu finden sei. Dort findet man aber keine Zahlen, sondern nur „erwartete Mehrbelastungen im Schnitt und während Spitzenzeiten“ in Prozent angegeben. Hat ihn das bisher so wenig interessiert, dass er darauf nicht vorbereitet ist? Oder mauert er, spielt auf Zeit, in der Hoffnung, dass der Kelch an ihm vorüber gehen möge? Nein, lieber Thomas Winkler, das wird nix. Du musst Dich entscheiden zwischen den lärmgeplagten Anwohnern, Deinen früheren Idealen und dem Druck der Konzerne.

Auf wessen Seite stellst Du Dich? Mit ein bisschen Dachbegrünung und Photovoltaik lässt sich die herannahende Katastrophe nicht mehr aufhalten. Das Schlimme ist: Die örtlichen Grünen wissen um die Brisanz der Lage. Aber auch sie verweigern sich der Einsicht, dass die Klimakiller mit einem entschlossenen Griff entmachtet werden müssen! Freiwillig verzichten die nicht auf ihre Milliarden. Die Startbahnen wurden durchgedrückt, weil die maßgeblichen Politiker von den Baukonzernen geschmiert werden. Der Automobilmus wird fortgesetzt, weil die Autokonzerne die Landes- und Bundespolitiker eingesackt haben. Die Bahn ist eine Einrichtung der Autoindustrie zum Vergraulen von Fahrgästen. Der tropische Regenwald ist schon weitgehend der Profitgier des Kapitals zum Opfer gefallen. Umweltschützer werden ermordet, die letzten Urvölker werden zerquetscht. Die CO₂-Steuer wird die Armen belasten und die Profite der Milliardäre nicht antasten. Genug davon, zurück zur Bürgerversammlung: 2,5 Hektar werden betoniert aber der Bürgermeister brüstet sich am gleichen Abend damit, den Flächenfraß eingedämmt zu haben. Die Kleingärten „Im See“ seien gerettet, Walldorf Südost gestoppt. War er das? Kann es sein, dass der „blickpunkt“ und die DKP die Einwohner*innen informiert und

zum Protest animiert haben? Haben die Einwohner*innen nicht mit ihrer Wahl die verhängnisvolle Flächenversiegelung stoppen wollen? Jetzt bekommen sie zum Dank das Aldi-Gebirge serviert. Liebe Grüne, deutet nicht mit Fingern auf die Regenwald-Vernichter! Drei Finger deuten auf euch zurück! Warum verschließt Ihr euch der kommunistischen Forderung nach Bewaldung des Geländes? Ihr wisst doch um Sehring, die Schnellbahntrasse neben der Autobahn, den vierspürigen Ausbau der 486 nach Langen. Als Ausgleichsmaßnahme für euren Frevel bietet ihr die ökologische Aufwertung bestehender Waldstücke an. Grandios! Der Wald muss auch ohne Flächenfraß aufgewertet werden! Ihr bemüht euch um eine weitere Anbindung des Industriegebietes an die Langener Straße... habt ihr nichts Besseres zu tun? Mögen euch die Zauneidechsen, die Ihr auf den Müllberg verfrachtet, im Traum die Hühneraugen abknabbern!

Kon



Was macht die „Bayern“ in China?



Es wird die Chinesen eher an Erfahrungen mit Deutschland erinnern, die sie vor mehr als 100 Jahren gemacht haben.

1897 nahm das Kaiserreich ein weltgeschichtlich wenig bedeutendes Ereignis zum Anlass, um mit drei Kriegsschiffen in die Bucht von Kiautschou einzufahren, 720 Marinesoldaten als Landungstruppe abzusetzen und nach dem militärischen Erfolg der Aktion China einen Knebelvertrag aufzudrängen, nämlich Deutschland ein Gebiet von 515 qkm rund um die Bucht von Kiautschou auf 99 Jahre zu „verpach-

ten“. Im Jahr 1900 kam es dann in China zu einem antiimperialistischen Aufstand im Westen Boxeraufstand genannt. In Deutschland hatte Kaiser Wilhelm II. die Truppe mit markigen Worten verabschiedet:

„Kommt ihr vor den Feind, so wird er geschlagen. Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht. So möge der Name Deutschlands in China in einer solchen Weise bekannt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!“

Wir müssen aber auch unsere Schlüsse ziehen. Und die können nur heißen:

Nein zu allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Gekürzter Beitrag. Den Gesamttext findet man auf: www.DKP-mw.de



40-Tonner in der Innenstadt?

Viele schwere LKW nutzen die Straßen in Mörfelden-Walldorf als mautfreie Abkürzung, obwohl das ausdrücklich verboten ist.

Die Stadt und insbesondere die hochgerüstete Ordnungspolizei scheinen kein Interesse an Kontrollen zu haben. Wie aus Rathauskreisen zu vernehmen war, „lohnt“ sich das nicht, weil die meisten betroffenen Speditionen Einspruch gegen die Verwarnungen einlegen würden, mit der Begründung,

es sei „Anliegerverkehr“ gewesen. Das Gegenteil sei nicht einfach nachzuweisen. Das verursache mehr Kosten als Einnahmen. Außerdem habe man nicht genügend Leute, um das alles zu überwachen.

(Stattdessen kontrollierte man lieber in Lockdown-Zeiten die Ausgangssperrenverstöße und brummte jungen Leuten Bußgelder in Höhe von 200 € auf, weil sie ihre Pizza 10 Minuten zu spät abgeholt hatten –

die können sich nicht wehren und es kommt Geld in die Stadtkasse.) Und wer zahlt eigentlich die Schäden an Kreiseln und Straßenbelag? Und wie ist es mit der doch sonst so publikumswirksam bekämpften Lärm- und Luftverschmutzung, Feinstaub usw.?

Und was ist eigentlich dran an dem Gerücht, Altbürgermeister Brehl habe zu seiner Zeit Kontrollen des Durchgangsverkehrs in der Westendstraße im Stadtteil Mörfelden verhindert, um so das Protestpotential wachzuhalten und Unterstützung für eine geliebte Südumgehung zu bekommen?



Die Durchfahrt ist verboten. Ignoriert werden die Schilder aber trotzdem.



Kein Einzelfall: Ständig höherer Zeitdruck und verschärfte Fahrzeitvorschriften zwingen viele Fahrer*innen, Abkürzungen zu finden. Hier an der Okrifteler Straße Ecke Nordring.

(Fortsetzung von Seite 2)

nach Frankfurt zu bezahlen, plus Hotelzimmer für die mehrtägige Wartezeit vor Ort, und dazu noch den nötigen Urlaub zu bekommen. Glücklicherweise hat unser Handwerker einen verständnisvollen Meister als Arbeitgeber. Vor wenigen Tagen hatte es Ayob endlich geschafft, alle Papiere zusammenzubekommen, alles zu bezahlen, und könnte jetzt gemeinsam mit seiner Frau ihr Visum in New Delhi abholen. Aber jetzt sitzen die beiden in Kabul fest und erleben live den glorreichen Zusammenbruch. Dass die Taliban das Land in einem flinken Durchmarsch erobern würden und die halbe Armee und die halbe Zivilverwaltung zu ihnen überlaufen würde, wusste in Afghanistan jeder. Das pfffen die Spatzen von den Dächern. Das deutsche Außenministerium und das Verteidigungsministerium

wussten es aber nicht. Das konnten sie sich nicht vorstellen, wo man doch so fleißig Brunnen gebohrt und Mädchenpensionate gebaut hatte. Die Geheimdienste hatte diese Erkenntnis wohl auch geheim gehalten, vor allem vor den Ministern und Ministerinnen. Jetzt schieben sich alle gegenseitig die Schuld zu. Es will mal wieder keiner gewesen sein. Und Ayob und seine Frau sind in Kabul eingeschlossen. Über Twitter bekommen sie tröstende Worte von Frau Kramp-Karrenbauer geschickt: „Ich möchte alle in Deutschland bitten, dass sie in Gedanken bei unseren Soldaten und Soldatinnen, aber auch bei den Menschen vor Ort sind.“ Früher hieß es „Frauen und Kinder zuerst!“ – heute haben Soldaten Vorrang. Ayob und seine Frau hätten diese Reise liebend gerne schon Monate früher angetreten. Dass sie gerade jetzt in Kabul bei den

flüchtenden Soldaten festsitzen, ist die Schuld der deutschen Behörden, die diese langersehnte Reise durch ihre bürokratischen „Menkenkelchen“ um Monate verzögert haben. Die beiden brauchen jetzt dringend Unterstützung. Die blumigen Hilfs-Versprechungen auf den Internetseiten des Außenministeriums bringen nicht viel. Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Pflicht, ihre Staatsbürger und deren Ehefrauen aus dem Schlamassel herauszuholen, den sie durch politische Kurzsichtigkeit und bürokratische Langsamkeit zu einem großen Teil selbst zu verantworten hat. Sie muss dieser Pflicht nachkommen.

Das wurde am 17. 8. 2021 geschrieben. Die Geschichte geht weiter und ist noch nicht zu Ende.

Gesamter Beitrag auf:
www.DKP-mw.de



Bildung statt Bomben Wir wollen in Frieden leben

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Dies markierte den Startschuss für den als Vernichtungskrieg geplanten Zweiten Weltkrieg, dem schätzungsweise 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Wir nehmen dieses Datum zum Anlass, um gegen Krieg, Militarisierung und Aufrüstung zu protestieren.

Die aktuelle Wirtschaftskrise und die Covid-19-Pandemie führen uns drastisch vor Augen, dass Aufrüstung auf unsere Kosten geschieht. Denn es wird nicht in das kaputtgesparte Bildungssystem investiert, sondern der Rüstungshaushalt um 3,4 Mrd. € auf über 50 Mrd. € erhöht. Anstatt Hilfgelder zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der von Kurzarbeit und Überlastung geplagten Beschäftigten bereitzustellen, werden allein im kommenden Jahr mehr als 4,5 Mrd. € in das Projekt Future Combat Air System (FCAS) investiert, einer Kombination aus hochmodernen Kampffjets, Drohnenschwärmen und künstlicher Intelligenz, in Kooperation mit anderen EU-Staaten.

Die Gesamtkosten für die nächsten Jahre belaufen sich auf über 300 Mrd. €. Und das, obwohl die Anschaffung modernisierter Kampfflugzeuge für

eine mögliche Nutzung der im rheinland-pfälzischen Büchel gelagerten Atombomben erst kürzlich vorgeschlagen wurde! Kostenpunkt: 100 Mrd. € für die 30 Jahre Nutzungsdauer der neuen Kampffjets. Zum Vergleich, mit dem Geld wäre der Sanierungsstau an deutschen Schulen zweieinhalb-mal bezahlt! Der Sanierungsstau im Gesundheitswesen sogar mehr als drei mal!

Damit landet das Geld in den Händen der großen Rüstungskonzerne und nicht da, wo wir es benötigen – zur Schulsanierung, im Gesundheitswesen oder für mehr und bessere Ausbildungsplätze.

Und die Zeiten für gesicherten Frieden stehen denkbar schlecht. Zusätzlich zur Aufrüstung spitzt sich die Lage vor der russischen Grenze und vor der chinesischen Küste weiter zu. Jedes Jahr übt die NATO mit den Großmanövern „Defender Europe“ und „Defender Pacific“ Krieg gegen Russland und China. Orchestriert wird die militärische Aggression durch mediale Hetze. Beispielsweise wird mit der neuen YouTube-Serie der Bundeswehr „Die Mission. Bereit dich zu schützen“ die aggressive NATO Politik gegenüber Russland



verharmlost und es soll für mehr Akzeptanz für Großmanöver und Krieg direkt an der russischen Grenze und steigende Aufrüstung gesorgt werden. Als SDAJ kämpfen wir zusammen für ein Leben in Frieden. Wir kämpfen gegen Aufrüstung, Rüstungsexporte, Auslandseinsätze der Bundeswehr und lassen uns auch von dem vermeintlichen Friedensprojekt Europa nicht täuschen.

**Nie wieder Krieg von
deutschem Boden!**

Abrüsten statt Aufrüsten!

**Geld für Bildung statt für
Bomben!**

**PESCO abschaffen und
Raus aus der NATO!**

**Gegen Rüstungskoopera-
tion und Militarisierung der
EU!**



Abrüstung ist Klimaschutz!

Gleis 4

Der Jugendtreff im KuBa
Am 17. September ab 18:00 Uhr

Die Läden machen endlich wieder auf und auch das Team vom Kulturbahnhof hat richtig Bock!

Also kommt zum Jugendtreff in den KuBa:

Es warten free Wifi, Spotify Premium und günstige Getränke (ab 2€). Oder ihr sagt uns einfach, was eurer Meinung nach im KuBa abgehen sollte und plant den nächsten Abend mit uns zusammen.



Stoppt die Bannwaldrodung

Für die Südosterweiterung zum Kiesabbau der Firma Sehring sind 64 Hektar Bannwald vorgesehen. Auf ca. 20 Hektar laufen aktuell Abbaumaßnahmen. Für eine weitere Fläche von 4,6 ha wurde jetzt von dem Regierungspräsidium die Genehmigung erteilt.

In der heutigen Zeit des Klimawandels ist das unverzeihlich. Ein gesunder Wald ist wichtig für unsere Umwelt, Klima, Tiere, Pflanzen und Ökosystem. Der Wald nimmt viel Kohlendioxid auf und erzeugt Sauerstoff. Durch ihn wird Wasser gespeichert und der natürliche Wasserkreislauf aufrecht erhalten. Lärm, Unwetter, Erwärmung, Sturm und Erosion werden durch einen gesunden Wald minimiert.

In den letzten Jahren wurden durch

Unwetter, Brand und Parasiten große Waldflächen in unserer Region geschädigt. Der Bannwald im Bereich des Langener Waldsees ist in einem guten Zustand. Er ist über Jahrzehnte gewachsen und soll jetzt einfach abgeholzt werden.

Es gab hier vor Jahren teure Aufforstungsprogramme, die jetzt einfach zunichte gemacht werden sollen. Es würde Jahrzehnte dauern, bis hier wieder ein richtiger Wald gewachsen ist. Kein „Vorwald“, wie hier an vielen Stellen der Wiederaufforstung entstanden ist. Bei der Verfüllung vor der Wiederaufforstung mit mineralisch sauberen Füllmaterial ist es schwierig, überhaupt die erforderliche Menge zu beschaffen. Durch die Er-

weiterung der Wasserflächen kann es auch zu negativen Auswirkungen des Klimas kommen.

Es muss nicht immer nur Kies in die Betonmischungen eingebracht werden. Man kann heute alternativ alte Betonreste von Abbrüchen entsprechend aufbereiten und verwenden. Aus diesen Gründen darf der Bannwald, der eigentlich einen absoluten Schutz hat, nicht gerodet werden. Es darf nicht der Wirtschaftsgewinn über der Umwelt stehen. Was hier zerstört werden soll, kann nicht rückgängig gemacht werden.

Mit einer Wanderdemo gegen die Bannwaldrodung wurde am Samstag (21.8.21) im Langener Stadtwald darauf aufmerksam gemacht.



Kreativer Protest von „RobinWood“, Nabu, BUND und anderen Gruppen. Das Transparent (links) trägt den Spruch: „Keine Rodung für Sehring“.



Von Baustellen und Vollpfosten

Mörfelden, 3. September 2021, 19.00 Uhr.

Seit zwei Stunden ist die Langgasse von vorne bis hinten verstopft, die Schlange reicht vom Dalles bis nach Sachsenhausen (für Neubürger: Von der Ampelkreuzung Langener Straße / Westendstraße / Langgasse bis zur Groß-Gerauer Straße). „Vermeidungsverkehr“ heißt das auf Amtsdeutsch. Grund: Die B 486 ist halbseitig gesperrt, wg. Fahrbahndeckenerneuerung. Eine Maßnahme, die sicher schon länger geplant und budgetiert ist. Aber wann macht man das am besten?

Ja klar: Dann, wenn die Schule wieder angefangen hat, die Eisenbahner streiken und doppelt soviel Verkehr ist, wie vorher in der Ferienzeit. Und natürlich am Freitagnachmittag, wenn alle nach Hause wollen. So erreicht man den besten Effekt. Wenn dann noch – was bei unerwarteten Staus nicht selten ist - ein schwerer Unfall passiert, ist das Chaos perfekt. Rettungshubschrauber, Straßen dicht – nichts geht mehr in Mörfelden.

Herzlichen Glückwunsch an die Leute, die diese Zeitplanung zu verantworten haben. Und jetzt noch zu etwas völlig anderem: Was bedeutet eigentlich der Ausdruck „Vollpfosten“?



Vom Dalles, die gesamte Langgasse, bis auf die Groß-Gerauer Straße ging die Kolonne.

Stadtgeschichten



Das Foto zeigt einen Teil der gerade fertig gewordenen Gewobag-Siedlung gegenüber dem Wasserturm. Die "Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH" aus Frankfurt baute zwischen 1952-1954 170 Wohnungseinheiten und 16 weitere Wohnhäuser für Heimatvertriebene. Die Bevölkerung von Mörfelden war durch Krieg, Flucht und Umsiedlung von 5000 auf über 7000 Menschen angewachsen. Die Wohnungsnot war katastrophal. Zuvor, in den Jahren 1903 bis 1905, hatten die Brüder Dr. Franz Adler und Dr. Arthur Richard Adler, Söhne einer jüdischen Familie aus Frankfurt, das 6 Hektar große Gelände zwischen der Frankfurter Straße und der Eisenbahnlinie gekauft, um daraus ein Industriegebiet zu machen. Die Nazis enteigneten den „jüdischen Besitz“, das Brüderpaar musste emigrieren. In den Jahren 1947-1949 bemühte sich der damalige Bürgermeister Peter Klingler (SPD), das Gebiet in die Hand der Gemeinde zu bekommen, was ihm auch gelang. Er schrieb an den Überlebenden des Brüderpaares, Dr. Franz Adler in Portugal: „Als politisch Verfolgter kann ich mit all denen fühlen, die unter dieser Räuberbande gelitten haben. Das deutsche Volk muß sich schämen, solche Gangster an der Spitze gehabt zu haben“. Dr. Franz Adler bekam jedoch keinerlei Entschädigung. „Im Grunde wurde mein Großvater zwei Mal betrogen“, berichtet Jorge Adler, sein in Portugal lebender Enkel. Aber immerhin benannte die Gemeindeverwaltung eine der Straßen der neuen Siedlung nach Dr. Franz Adler. Zur gleichen Zeit entstanden durch die Gewobag im damaligen Neubaugebiet am Schlichter 42 Zweifamilien-Häuser. Dazu wurde eigens eine Selbsthilfegenossenschaft unter dem Vorsitz von Alois Himml gegründet.



Der KuBa plant wieder Veranstaltungen für euch!
Haltet die Ohren offen und schaut mal online vorbei
unter:

kuba-moerfelden.de



dkp-mw.de



[@dkpmoewa](https://www.instagram.com/dkpmoewa)



[/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)



[youtube.com/sdajtv](https://www.youtube.com/sdajtv)

Mehr Infos...



Unser Lexikon

Schbrisch

Vorne veel
gedrummelt - un
hinne kaa Soldate.